

INHALT

# ANHÄNGE

# ANHANG A. GRUNDLAGEN

## A.1

## TABELLEN

## A.1.1

# BESCHREIBUNG DER LEITUNGSKATEGORIEN

Tabelle A.1.1-1 Beschreibung der Leitungskategorien

Leitungskategorie	Beschreibung der erforderlichen Umbau- / Ertüchtigungsmaßnahmen
3	<p><b>Nutzung der Bestandsleitung mit punktuellen Umbauten (z. B. Traversenneubauten/ einzelne Mastneubauten)</b></p> <p>Für die Realisierung des Vorhabens sind voraussichtlich punktuell einzelne Masterneuerungen bzw. Mastersatzneubauten und Arbeiten an der Beseilung notwendig, um technische Anforderungen durchgehend zu erfüllen. Hierbei kann es ggf. auch zu einer Erhöhung der neuen Masten kommen.</p> <p><u>Ggf. erforderliche Flächeninanspruchnahmen:</u> Größere Montagefläche an einzelnen Masten erforderlich; für Beseilung zusätzlich kleinräumige Winden- und Trommelpätze an einzelnen Abspannmasten erforderlich; für die Seilverlegung ist i.d.R. keine Gehölzentnahme erforderlich; bei der Baudurchführung wird darauf geachtet, dass empfindliche Flächen möglichst wenig beeinträchtigt werden. Kein neuer Schutzstreifen erforderlich. Die Zuwegung erfolgt über das öffentliche Straßennetz; Wegebaumaßnahmen werden voraussichtlich nicht erforderlich, jedoch außerhalb bestehender Wege Anlage temporärer Zufahrten zu Masten und Winden- und Trommelpätzen erforderlich; in empfindlichen Bereichen Auslegen mit Alumatten/Baggermatten; erforderliche Fahrzeuge: PKW, Unimog, Kleintransporter, LKW mit Aufsatzkran und Anhänger (Winde/ Trommel), Betonfahrzeug, Betonpumpe, Montagekran, Autokran, Bagger, ggf. Bohrpfahlgerät</p>
4	<p><b>Ersatzneubau (Bestandsleitung kann nicht verwendet werden; Ersatzneubau in bestehenden Trassen notwendig)</b></p> <p>Die Bestandsleitung kann für die Aufnahme eines Gleichstromsystems durchgängig nicht genutzt werden. Die Bestandsleitung kann durch Netzumstrukturierung, z. B. Veränderung der Transportkapazität von 220 kV auf 380 kV, ggf. zukünftig entfallen, so dass der Trassenraum für eine Neubauleitung zur Verfügung steht. Der Neubau wird achsgleich zur bisher bestehenden Leitung erfolgen. Hierbei kann es ggf. auch zu einer Erhöhung der neuen Masten kommen. Zur Nutzung des Trassenraumes ist ein Rückbau der bestehenden Leitung und Maste erforderlich.</p> <p><u>Ggf. erforderliche Flächeninanspruchnahmen:</u> Größere Montagefläche an allen Masten erforderlich; für Beseilung zusätzlich kleinräumige Winden- und Trommelpätze an Abspannmasten erforderlich; für die Seilverlegung ist i.d.R. keine Gehölzentnahme erforderlich; bei der Baudurchführung wird darauf geachtet, dass empfindliche Flächen möglichst wenig beeinträchtigt werden. Unter Umständen Schutzstreifenverbreiterung erforderlich. Die Zuwegung erfolgt über das öffentliche Straßennetz; Wegebaumaßnahmen werden voraussichtlich nicht erforderlich, jedoch außerhalb bestehender Wege die Anlage temporärer Zufahrten zu Masten und Winden- und Trommelpätzen erforderlich; in empfindlichen Bereichen Auslegen mit Alumatten/ Baggermat-</p>

Leitungskategorie	Beschreibung der erforderlichen Umbau- / Ertüchtigungsmaßnahmen
	ten; erforderliche Fahrzeuge: PKW, Unimog, Kleintransporter, LKW mit Aufsatzkran und Anhänger (Winde/ Trommel), Betonfahrzeug, Betonpumpe, Montagekran, Autokran, Bagger, ggf. Bohrpfahlgerät
5	<p><b>Parallelneubau</b>  <b>(Bestandsleitung kann nicht verwendet werden; Neubau parallel bestehender Trassen notwendig)</b></p> <p><u>Ggf. erforderliche Flächeninanspruchnahmen:</u>  Größere Montagefläche an allen Masten erforderlich; für Beseilung zusätzlich kleinräumige Winden- und Trommelplätze an Abspannmasten erforderlich; für die Seilverlegung ist i.d.R. keine Gehölzentnahme erforderlich; Bei der Bau- durchführung wird darauf geachtet, dass empfindliche Flächen möglichst wenig beeinträchtigt werden.  Neuer Schutzstreifen erforderlich, soweit möglich jedoch Nutzung bereits bestehender Schutzstreifen.  Die Zuwegung erfolgt über das öffentliche Straßennetz; Wegebaumaßnahmen werden voraussichtlich nicht erforderlich, jedoch außerhalb bestehender Wege die Anlage temporärer Zufahrten zu Masten und Winden- und Trommelplätzen erforderlich; in empfindlichen Bereichen Auslegen mit Alumatten/Baggermatten;  erforderliche Fahrzeuge: PKW, Unimog, Kleintransporter, LKW mit Aufsatzkran und Anhänger (Winde/ Trommel), Betonfahrzeug, Betonpumpe, Montagekran, Autokran, Bagger, ggf. Bohrpfahlgerät</p>
6	<p><b>Neubau (ohne Trassenbündelung)</b></p> <p><u>Ggf. erforderliche Flächeninanspruchnahmen:</u>  Größere Montagefläche an allen Masten erforderlich; für Beseilung zusätzlich kleinräumige Winden- und Trommelplätze an Abspannmasten erforderlich; für die Seilverlegung ist i.d.R. keine Gehölzentnahme erforderlich; Bei der Bau- durchführung wird darauf geachtet, dass empfindliche Flächen möglichst wenig beeinträchtigt werden.  Neuer Schutzstreifen erforderlich.  Die Zuwegung erfolgt über das öffentliche Straßennetz; Wegebaumaßnahmen werden voraussichtlich nicht erforderlich, jedoch außerhalb bestehender Wege die Anlage temporärer Zufahrten zu Masten und Winden- und Trommelplätzen erforderlich; in empfindlichen Bereichen Auslegen mit Alumatten/Baggermatten;  erforderliche Fahrzeuge: PKW, Unimog, Kleintransporter, LKW mit Aufsatzkran und Anhänger (Winde/ Trommel), Betonfahrzeug, Betonpumpe, Montagekran, Autokran, Bagger, ggf. Bohrpfahlgerät</p>

## A.1.2

## VORHABENSPEZIFISCHE VERBOTE AUS RECHTLICHEN NORMEN

## **BELANGE IMMISSIONSSCHUTZ**

### **SCHUTZGUT MENSCHEN, INSBESONDERE DIE MENSCHLICHE GESUNDHEIT**

Vorhabenspezifische **Verbote** bestehen nach der 26. Bundesimmissionsschutzverordnung (26. BImSchV) für Orte zum dauerhaften Aufenthalt:

*26. BImSchV § 4 Anforderungen zur Vorsorge:*

*...*

*(3) Niederfrequenzanlagen zur Fortleitung von Elektrizität mit einer Frequenz von 50 Hertz und einer Nennspannung von 220 Kilovolt und mehr, die in einer neuen Trasse errichtet werden, dürfen Gebäude oder Gebäudeteile nicht überspannen, die zum dauerhaften Aufenthalt von Menschen bestimmt sind. Bestehende Genehmigungen und Planfeststellungsbeschlüsse sowie bis zum 22. August 2013 beantragte Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren, für die ein vollständiger Antrag zu diesem Zeitpunkt vorlag, bleiben unberührt.*

Eine **Ausnahme** bei Überspannungen von betroffenen Wohnbauflächen (Orte zum dauerhaften Aufenthalt) ist nach 26. BImSchV potenziell möglich:

*26. BImSchV § 8 Zulassung von Ausnahmen:*

*...*

*(2) Die zuständige Behörde kann Ausnahmen von den Anforderungen des § 4 zulassen, soweit die Anforderungen des § 4 im Einzelfall unverhältnismäßig sind.*

Die Erteilung einer Zulassung kommt nur im konkreten Einzelfall in Betracht, wenn abweichend von der generalisierenden Betrachtung, die der Regelung in § 4 der 26. BImSchV zugrunde liegt, besondere Umstände vorliegen, die die strikte Anwendung des Überspannungsverbots unverhältnismäßig erscheinen lassen. Auf der Ebene der Bundesfachplanung wird jedoch bei der korridorbezogenen Betrachtung davon ausgegangen, dass die Leitung an jeder Stelle des Korridors geführt werden kann.

In Tabelle A.1.2-1 (trassenkorridorbezogen) sind die Bereiche dargestellt, in denen eine Neuüberspannung von Orten zum dauerhaften Aufenthalt nicht ausgeschlossen werden kann. Von den potenziellen Trassenachsen sind keine Orte zum dauerhaften Aufenthalt betroffen (vgl. dazu Kapitel 5.7 im Hauptdokument).



## **BELANGE NATUR- UND LANDSCHAFTSSCHUTZ**

### **NATURSCHUTZGEBIETE NACH § 23 BNATSCHG**

Im Trassenkorridor befinden sich keine Naturschutzgebiete, daher ist eine weitere Betrachtung nicht notwendig.

### **LANDSCHAFTSSCHUTZGEBIETE NACH § 26 BNATSCHG**

Vorhabensspezifische Verbote für Landschaftsschutzgebiete bestehen nach dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und der jeweiligen Schutzgebietsverordnung:

*BNatSchG § 26 Abs. 2*

*(2) In einem Landschaftsschutzgebiet sind unter besonderer Beachtung des § 5 Absatz 1 und nach Maßgabe näherer Bestimmungen alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebiets verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen.*

Darüber hinaus gehende Verbote aus der Schutzgebietsverordnung für das LSG Hardt (KREIS VIERSEN 2015):

*Es ist verboten „7. ober- oder unterirdische Ver- und Entsorgungsleitungen einschließlich Fernmeldeeinrichtungen zu verlegen oder zu ändern.“*

Darüber hinaus gehende Verbote aus den Schutzgebietsverordnungen für das LSG Südpark (RKN 2017A), das LSG Lange Hecke (RKN 2017A), das LSG Morgensternheide/Stadtwald (RKN 2017A) und das LSG Erftaue mit Niederungstal und Gillbachniederung (RKN 2017A)

*Es ist verboten „i) oberirdische oder unterirdische Leitungen - Freileitung, Kabel, Rohrleitung - zu verlegen oder zu ändern, Zäune oder andere Einfriedigungen zu errichten oder zu ändern.“*

Darüber hinaus gehende Verbote aus den Schutzgebietsverordnungen für das LSG Strümper Busch/Meerbusch/Stingesbachaue (RKN 2017B), LSG Terrassenhang, das LSG Gillbachtal (RKN 2014) und das LSG Ehemalige Bahntrasse (RKN 2014):

*Es ist verboten „6) oberirdische oder unterirdische Leitungen - Freileitung, Kabel, Rohrleitung - zu verlegen oder zu ändern, Zäune oder andere Einfriedigungen zu errichten oder zu ändern.“*

Darüber hinaus gehende Verbote aus der Schutzgebietsverordnung für das LSG Stommelter Terrassenkante (REK 2019G):

Es ist verboten „16. Ober- oder unterirdische Ver- oder Entsorgungsleitungen (Frei- oder Rohrleitungen, Kabel, Fernmeldeeinrichtungen, Drainagen) zu bauen, zu verlegen oder zu ändern.“

Die Möglichkeit einer **Ausnahme** von den Verboten besteht für folgende LSG:

Ausnahmen sind für das LSG Südpark (RKN 2017A), das LSG Lange Hecke (RKN 2017A), das LSG Morgensternheide/Stadtwald (RKN 2017A), das LSG Erftaue mit Niederungstal und Gillbachniederung (RKN 2017A), das LSG Strümper Busch/Meerbusch/Stingesbachaue (RKN 2017B), das LSG Terrassenhang, das LSG Gillbachtal (RKN 2014) und das LSG Ehemalige Bahntrasse (RKN 2014) möglich:

*„Die Untere Landschaftsbehörde erteilt auf Antrag eine Ausnahme für ein Vorhaben im Sinne von § 35 Abs. 1 Nr. 1-3 BauGB, wenn es nach Standort und Gestaltung der Landschaft angepasst wird und der Schutzzweck nicht entgegensteht.“*

Von den genannten Verboten kann auf Antrag eine **Befreiung** gewährt werden:

*BNatSchG § 67:*

*(1) Von den Geboten und Verboten dieses Gesetzes, in einer Rechtsverordnung auf Grund des § 57 sowie nach dem Naturschutzrecht der Länder kann auf Antrag Befreiung gewährt werden, wenn*

*1. dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist oder*

*2. die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist.*

*2 Im Rahmen des Kapitels 5 gilt Satz 1 nur für die §§ 39 und 40, 42 und 43.*

*(2) 1 Von den Verboten des § 33 Absatz 1 Satz 1 und des § 44 sowie von Geboten und Verboten im Sinne des § 32 Absatz 3 kann auf Antrag Befreiung gewährt werden, wenn die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde.*

*2 Im Fall des Verbringens von Tieren oder Pflanzen aus dem Ausland wird die Befreiung vom Bundesamt für Naturschutz gewährt.*

*(3) 1 Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen versehen werden.*

*2 § 15 Absatz 1 bis 4 und Absatz 6 sowie § 17 Absatz 5 und 7 finden auch dann Anwendung, wenn kein Eingriff in Natur und Landschaft im Sinne des § 14 vorliegt.*

Zusätzlich ist eine Befreiung für das LSG Stommelter Terrassenkante (REK 2019G) möglich:

*„Von den Geboten und Verboten unter Punkt 2.2 kann nach § 67 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 75 LNatSchG NRW die untere Naturschutzbehörde auf Antrag eine Befreiung erteilen, wenn*

*1. dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist [...]*“

Zusätzlich ist eine Befreiung für das LSG Hardt (KREIS VIERSEN 2015) möglich:

*„Von den Geboten und Verboten dieses Landschaftsplanes kann nach § 69 LG NRW die untere Naturschutzbehörde auf Antrag eine Befreiung erteilen, wenn*

*b) überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Befreiung erfordern“*

Für das geplante Vorhaben wird die Erteilung von Ausnahmen für die LSG im Rhein-Kreis-Neuss im Trassenkorridor grundsätzlich als möglich erachtet, da im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens der Maststandort und die Mastgestaltung der Landschaft angepasst werden können, sodass der Schutzzweck des jeweiligen LSG nicht gefährdet wird. Für das Vorhaben besteht aufgrund der gesetzlich festgestellten Notwendigkeit sowie des vordringlichen Bedarfs der Freileitung ein überwiegendes öffentliches Interesse. Eine Befreiung gemäß § 67 BNatSchG i.V.m. § 75 LNatSchG NRW (vormals § 69 LG NRW) erscheint daher ebenfalls möglich.

In Tabelle A.1.2-2 (trassenkorridorbezogen) und Tabelle A.1.2-3 (trassenachsenbezogen) sind die potenziell betroffenen Landschaftsschutzgebiete dargestellt.

#### **NATURDENKMÄLER NACH § 28 BNATSchG**

Vorhabenspezifische **Verbote** für Naturdenkmäler bestehen nach dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und der jeweiligen Schutzgebietsverordnung:

*BNatSchG § 28 Abs. 2:*

*(2) Die Beseitigung des Naturdenkmals sowie alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturdenkmals führen können, sind nach Maßgabe näherer Bestimmungen verboten.*

Darüber hinaus gehende Verbote für das Naturdenkmal „Eiche südlich Robertzhof“ (RKN 2017B) und das Naturdenkmal „Lößhohlweg mit Feldgehölzen östlich Nettesheim-Butzheim“ (RKN 2014):

Allgemeine Verbote: *„Die Beseitigung der festgesetzten Naturdenkmale sowie alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung, Veränderung*

*oder nachhaltigen Störung der Naturdenkmale oder ihrer im einzelnen Falle geschützten Umgebung führen können, sind verboten.“*

*Es ist insbesondere verboten „oberirdische oder unterirdische Leitungen - Freileitung, Kabel, Rohrleitung - zu verlegen oder zu ändern, Zäune oder andere Einfriedigungen zu errichten oder zu ändern.“*

Die Möglichkeit einer **Ausnahme** von den Verboten besteht nicht.

Von den genannten Verboten kann auf Antrag eine **Befreiung** gewährt werden:

*BNatSchG § 67:*

*(1) Von den Geboten und Verboten dieses Gesetzes, in einer Rechtsverordnung auf Grund des § 57 sowie nach dem Naturschutzrecht der Länder kann auf Antrag Befreiung gewährt werden, wenn*

*1. dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist oder*

*2. die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist.*

*2 Im Rahmen des Kapitels 5 gilt Satz 1 nur für die §§ 39 und 40, 42 und 43.*

*(2) 1 Von den Verboten des § 33 Absatz 1 Satz 1 und des § 44 sowie von Geboten und Verboten im Sinne des § 32 Absatz 3 kann auf Antrag Befreiung gewährt werden, wenn die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde.*

*2 Im Fall des Verbringens von Tieren oder Pflanzen aus dem Ausland wird die Befreiung vom Bundesamt für Naturschutz gewährt.*

*(3) 1 Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen versehen werden.*

*2 § 15 Absatz 1 bis 4 und Absatz 6 sowie § 17 Absatz 5 und 7 finden auch dann Anwendung, wenn kein Eingriff in Natur und Landschaft im Sinne des § 14 vorliegt.*

Zusätzlich ist eine Befreiung gemäß dem Landschaftsplan III Meerbusch – Kaarst – Korschenbroich (RKN 2017B) möglich:

*„Von den Geboten und Verboten für Naturdenkmale kann die Untere Landschaftsbehörde auf Antrag gemäß § 69 Abs. 1 LG NW Befreiung erteilen, wenn*

*b) überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Befreiung erfordern.“*

Zusätzlich ist eine Befreiung gemäß dem Landschaftsplan VI Grevenbroich / Rommerskirchen (RKN 2014) möglich:

*„Von den Geboten und Verboten für Naturdenkmale kann die Untere Landschaftsbehörde gemäß § 69 LG auf Antrag Befreiung erteilen, wenn*

*b) überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Befreiung erfordern.“*

Für das geplante Vorhaben besteht ein überwiegendes öffentliches Interesse. Eine Befreiung gemäß § 67 BNatSchG und § 69 LG NRW erscheint daher möglich.

In Tabelle A.1.2-4 (trassenkorridorbezogen) und Tabelle A.1.2-5 (trassenachsenbezogen) sind die potenziell betroffenen geschützten Landschaftsbestandteile dargestellt.

#### **GESCHÜTZTE LANDSCHAFTSBESTANDTEILE NACH § 29 BNATSchG**

Vorhabensspezifische **Verbote** für geschützte Landschaftsbestandteile bestehen nach dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und dem Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG NRW) sowie der jeweiligen Schutzgebietsverordnung:

*BNatSchG § 29 Abs. 2:*

*1 Die Beseitigung des geschützten Landschaftsbestandteils sowie alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des geschützten Landschaftsbestandteils führen können, sind nach Maßgabe näherer Bestimmungen verboten.*

*2 Für den Fall der Bestandsminderung kann die Verpflichtung zu einer angemessenen und zumutbaren Ersatzpflanzung oder zur Leistung von Ersatz in Geld vorgesehen werden.*

*LNatSchG NRW § 39 Abs.2 (zu § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes)*

*(2) Maßnahmen, die zu einer erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigung oder zu einer Zerstörung der in Absatz 1 Nummer 1 bis 3 genannten Landschaftsbestandteile führen können, sind verboten.*

Darüber hinaus gehende Verbote aus der Schutzgebietsverordnung aus dem Landschaftsplan Nr. 9 Willicher Lehmplatte – 3. Ausfertigung (KREIS VIERSEN 2015):

*Es ist verboten „7. ober- oder unterirdische Ver- und Entsorgungsleitungen einschließlich Fernmeldeeinrichtungen zu verlegen oder zu ändern.“*

Darüber hinaus gehende Verbote aus der Schutzgebietsverordnung aus dem Landschaftsplan VI Grevenbroich / Rommerskirchen (RKN 2014):

*Es ist verboten „d) oberirdische oder unterirdische Leitungen - Freileitung, Kabel, Rohrleitung - zu verlegen oder zu ändern, Zäune oder andere Einfriedigungen zu errichten oder zu ändern.“*

Darüber hinaus gehende Verbote aus der Schutzgebietsverordnung aus dem Landschaftsplan 7 „Rommerskirchener Lössplatte“ - 12. Änderung (REK 2019G):

Es ist verboten „16. Ober- oder unterirdische Ver- oder Entsorgungsleitungen (Frei- oder Rohrleitungen, Kabel, Drainagen, Fernmeldeeinrichtungen) zu bauen, zu verlegen oder zu ändern.“

Die Möglichkeit einer **Ausnahme** von den Verboten besteht nicht.

Von den genannten Verboten kann auf Antrag eine Befreiung gewährt werden:

*BNatSchG § 67:*

*(1) Von den Geboten und Verboten dieses Gesetzes, in einer Rechtsverordnung auf Grund des § 57 sowie nach dem Naturschutzrecht der Länder kann auf Antrag Befreiung gewährt werden, wenn*

*1. dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist oder*

*2. die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist.*

*2 Im Rahmen des Kapitels 5 gilt Satz 1 nur für die §§ 39 und 40, 42 und 43.*

*(2) 1 Von den Verboten des § 33 Absatz 1 Satz 1 und des § 44 sowie von Geboten und Verboten im Sinne des § 32 Absatz 3 kann auf Antrag Befreiung gewährt werden, wenn die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde.*

*2 Im Fall des Verbringens von Tieren oder Pflanzen aus dem Ausland wird die Befreiung vom Bundesamt für Naturschutz gewährt.*

*(3) 1 Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen versehen werden.*

*2 § 15 Absatz 1 bis 4 und Absatz 6 sowie § 17 Absatz 5 und 7 finden auch dann Anwendung, wenn kein Eingriff in Natur und Landschaft im Sinne des § 14 vorliegt.*

Zusätzlich ist eine Befreiung gemäß dem Landschaftsplan Nr. 9 Willicher Lehmplatte – 3. Ausfertigung (KREIS VIERSEN 2015) möglich:

*„Von den Geboten und Verboten des Landschaftsplanes kann nach § 69 Abs. 1 LG die untere Landschaftsbehörde auf Antrag Befreiungen erteilen, wenn*

*b) überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Befreiung erfordern.“*

Zusätzlich ist eine Befreiung gemäß dem Landschaftsplan VI Grevenbroich / Rommerskirchen (RKN 2014) möglich:

*„Von den Geboten und Verboten für geschützte Landschaftsbestandteile kann die Untere Landschaftsbehörde gemäß § 69 LG auf Antrag Befreiung erteilen, wenn*

*b) überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Befreiung erfordern.“*

Zusätzlich ist eine Befreiung gemäß dem Landschaftsplan 7 „Rommerskirchener Lössplatte“ - 12. Änderung (REK 2019G) möglich:

*„Von den Geboten und Verboten unter Punkt 2.4 kann nach § 67 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 75 LNatSchG NRW die untere Naturschutzbehörde auf Antrag eine Befreiung erteilen, wenn*

*1. dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist [...]“*

Für das geplante Vorhaben besteht aufgrund der gesetzlich festgestellten Notwendigkeit sowie des vordringlichen Bedarfs der Freileitung ein überwiegendes öffentliches Interesse. Eine Befreiung gemäß § 67 BNatSchG i.V.m. § 75 LNatSchG NRW (vormals § 69 LG NRW) erscheint daher möglich.

In Tabelle A.1.2-6 (trassenkorridorbezogen) und Tabelle A.1.2-7 (trassenachsenbezogen) sind die potenziell betroffenen geschützten Landschaftsbestandteile dargestellt.

#### **GESETZLICH GESCHÜTZTE BIOTOPE NACH § 30 BNATSchG**

Vorhabensspezifische **Verbote** für gesetzlich geschützte Biotope bestehen nach dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG):

*BNatSchG § 30 Abs. 2:*

*1 Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung folgender Biotope führen können, sind verboten:*

- 1. natürliche oder naturnahe Bereiche fließender und stehender Binnengewässer einschließlich ihrer Ufer und der dazugehörigen uferbegleitenden natürlichen oder naturnahen Vegetation sowie ihrer natürlichen oder naturnahen Verlandungsbereiche, Altarme und regelmäßig überschwemmten Bereiche,*
- 2. Moore, Sümpfe, Röhrichte, Großseggenrieder, seggen- und binsenreiche Nasswiesen, Quellbereiche, Binnenlandsalzstellen,*
- 3. offene Binnendünen, offene natürliche Block-, Schutt- und Geröllhalden, Lehm- und Lösswände, Zwergstrauch-, Ginster- und Wacholderheiden, Borstgrasrasen, Trockenrasen, Schwermetallrasen, Wälder und Gebüsche trocken-warmer Standorte,*

4. Bruch-, Sumpf- und Auenwälder, Schlucht-, Blockhalden- und Hangschuttwälder, subalpine Lärchen- und Lärchen-Arvenwälder,
5. offene Felsbildungen, Höhlen sowie naturnahe Stollen, alpine Rasen sowie Schneetälchen und Krummholzgebüsche,
6. Fels- und Steilküsten, Küstendünen und Strandwälle, Strandseen, Bodden-  
gewässer mit Verlandungsbereichen, Salzwiesen und Wattflächen im Küsten-  
bereich, Seegraswiesen und sonstige marine Makrophytenbestände, Riffe,  
sublitorale Sandbänke, Schlickgründe mit bohrender Bodenmegafauna sowie  
artenreiche Kies-, Grobsand- und Schillgründe im Meeres- und Küstenbe-  
reich.
- 2 Die Verbote des Satzes 1 gelten auch für weitere von den Ländern gesetzlich  
geschützte Biotope. 3 Satz 1 Nummer 5 gilt nicht für genutzte Höhlen- und  
Stollenbereiche sowie für Maßnahmen zur Verkehrssicherung von Höhlen  
und naturnahen Stollen.

Von den genannten Verboten kann auf Antrag eine **Ausnahme** zugelassen werden:

*BNatSchG § 30:*

*(3) Von den Verboten des Absatzes 2 kann auf Antrag eine Ausnahme zuge-  
lassen werden, wenn die Beeinträchtigungen ausgeglichen werden können.*

Von den genannten Verboten kann auf Antrag eine **Befreiung** gewährt werden:

*BNatSchG § 67:*

*(1) Von den Geboten und Verboten dieses Gesetzes, in einer Rechtsverord-  
nung auf Grund des § 57 sowie nach dem Naturschutzrecht der Länder kann  
auf Antrag Befreiung gewährt werden, wenn*

- 1. dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich  
solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist oder*
- 2. die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren  
Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen von Natur-  
schutz und Landschaftspflege vereinbar ist.*

*2 Im Rahmen des Kapitels 5 gilt Satz 1 nur für die §§ 39 und 40, 42 und 43.*

*(2) 1 Von den Verboten des § 33 Absatz 1 Satz 1 und des § 44 sowie von Ge-  
boten und Verboten im Sinne des § 32 Absatz 3 kann auf Antrag Befreiung  
gewährt werden, wenn die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu  
einer unzumutbaren Belastung führen würde.*

*2 Im Fall des Verbringens von Tieren oder Pflanzen aus dem Ausland wird  
die Befreiung vom Bundesamt für Naturschutz gewährt.*

*(3) 1 Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen versehen werden.*

*2 § 15 Absatz 1 bis 4 und Absatz 6 sowie § 17 Absatz 5 und 7 finden auch  
dann Anwendung, wenn kein Eingriff in Natur und Landschaft im Sinne des  
§ 14 vorliegt.*



Für das geplante Vorhaben kommt die Erteilung einer Ausnahme in Betracht, da grundsätzlich ein Ausgleich der Beeinträchtigung möglich ist. Darüber hinaus besteht für das geplante Vorhaben aufgrund der gesetzlich festgestellten Notwendigkeit sowie des vordringlichen Bedarfs der Freileitung ein überwiegendes öffentliches Interesse. Eine Befreiung gemäß § 67 BNatSchG erscheint daher ebenfalls möglich.

In Tabelle A.1.2-8 (trassenkorridorbezogen) und Tabelle A.1.2-9 (trassenachsenbezogen) sind die potenziell betroffenen gesetzlich geschützten Biotope dargestellt.

#### **NATURA 2000-GEBIETE**

Hierzu wird auf Anlage I verwiesen.

#### **GEWÄSSERRANDSTREIFEN NACH § 61 BNATSchG**

Vorhabensspezifische **Verbote** für gesetzlich geschützte Biotope bestehen nach dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG):

*BNatSchG § 61 Abs. 1:*

*(1) Im Außenbereich dürfen an Bundeswasserstraßen und Gewässern erster Ordnung sowie an stehenden Gewässern mit einer Größe von mehr als 1 Hektar im Abstand bis 50 Meter von der Uferlinie keine baulichen Anlagen errichtet oder wesentlich geändert werden.*

Von den genannten Verboten kann auf Antrag eine **Ausnahme** zugelassen werden:

*BNatSchG § 61 Abs. 3: Von dem Verbot des Absatzes 1 kann auf Antrag eine Ausnahme zugelassen werden, wenn*

- 1. die durch die bauliche Anlage entstehenden Beeinträchtigungen des Naturhaushalts oder des Landschaftsbildes, insbesondere im Hinblick auf die Funktion der Gewässer und ihrer Uferzonen, geringfügig sind oder dies durch entsprechende Maßnahmen sichergestellt werden kann oder*
- 2. dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art, notwendig ist; in diesem Fall gilt § 15 entsprechend.*

Die Möglichkeit einer **Befreiung** von den Verboten besteht nicht.

Für das geplante Vorhaben besteht aufgrund der gesetzlich festgestellten Notwendigkeit sowie des vordringlichen Bedarfs der Freileitung ein überwiegendes öffentliches Interesse. Eine Ausnahme gemäß § 61 BNatSchG erscheint daher möglich.

In Tabelle A.1.2-10 (trassenkorridorbezogen) und Tabelle A.1.2-11 (trassenachsenbezogen) sind die potenziell betroffenen Gewässerrandstreifen dargestellt.

#### **ALLEEN NACH § 41 LNatSchG NRW**

Vorhabensspezifische **Verbote** bestehen nach dem Landesnaturschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (LNatSchG NRW):

*LNatSchG NRW § 41 (1:) Alleen an öffentlichen oder privaten Verkehrsflächen und Wirtschaftswegen sind gesetzlich geschützt. Die Beseitigung von Alleen sowie alle Handlungen, die zu deren Zerstörung, Beschädigung oder nachteilige Veränderung führen können, sind verboten....*

Die Möglichkeit einer **Ausnahme** von den Verboten besteht nicht.

Von den genannten Verboten kann auf Antrag eine **Befreiung** gewährt werden:

*BNatSchG § 67:*

*(1) Von den Geboten und Verboten dieses Gesetzes, in einer Rechtsverordnung auf Grund des § 57 sowie nach dem Naturschutzrecht der Länder kann auf Antrag Befreiung gewährt werden, wenn*

- 1. dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist oder*
- 2. die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist.*

*2 Im Rahmen des Kapitels 5 gilt Satz 1 nur für die §§ 39 und 40, 42 und 43.*

*(2) 1 Von den Verboten des § 33 Absatz 1 Satz 1 und des § 44 sowie von Geboten und Verboten im Sinne des § 32 Absatz 3 kann auf Antrag Befreiung gewährt werden, wenn die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde. 2 Im Fall des Verbringens von Tieren oder Pflanzen aus dem Ausland wird die Befreiung vom Bundesamt für Naturschutz gewährt.*

*(3) 1 Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen versehen werden. 2 § 15 Absatz 1 bis 4 und Absatz 6 sowie § 17 Absatz 5 und 7 finden auch dann Anwendung, wenn kein Eingriff in Natur und Landschaft im Sinne des § 14 vorliegt.*

Für das geplante Vorhaben besteht aufgrund der gesetzlich festgestellten Notwendigkeit sowie des vordringlichen Bedarfs der Freileitung ein überwiegendes öffentliches Interesse. Eine Befreiung gemäß § 67 BNatSchG erscheint daher möglich.

In Tabelle A.1.2-12 (trassenkorridorbezogen) sind die potenziell betroffenen Alleen dargestellt. Von der Trassenachse sind keine Alleen betroffen.

## **BELANGE WALD**

### **WALD NACH § 9 BWALDG**

Vorhabensspezifische **Erfordernisse einer Genehmigung** für den Wald bestehen nach dem Bundeswaldgesetz (BWaldG) und Landesforstgesetz (LFoG NRW):

*BWaldG § 9:*

*(1) Wald darf nur mit Genehmigung der nach Landesrecht zuständigen Behörde gerodet und in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist.*

*(2) Eine Umwandlung von Wald kann auch für einen bestimmten Zeitraum genehmigt werden; durch Auflagen ist dabei sicherzustellen, daß das Grundstück innerhalb einer angemessenen Frist ordnungsgemäß wieder aufgeforstet wird.*

*(3) Die Länder können bestimmen, daß die Umwandlung*

*1. keiner Genehmigung nach Absatz 1 bedarf, wenn für die Waldfläche auf Grund anderer öffentlich-rechtlicher Vorschriften rechtsverbindlich eine andere Nutzungsart festgestellt worden ist;*

*2. weiteren Einschränkungen unterworfen oder, insbesondere bei Schutz- und Erholungswald, untersagt wird.*

*Landesforstgesetz (LFoG NRW) § 39 Umwandlung (Zu § 9 Bundeswaldgesetz)*

*(1) Jede Umwandlung von Wald in eine andere Nutzungsart bedarf der Genehmigung durch die Forstbehörde. Soweit für die Umwandlung nach §§ 6 bis 14 in Verbindung mit Nummer 17.2 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8.*

*September 2017 (BGBl. I S. 3370) geändert worden ist, eine Vorprüfung des Einzelfalles und eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist, müssen die Vorprüfung des Einzelfalles sowie die Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung den Anforderungen des Landesumweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes vom 29. April 1992 (GV. NRW. S. 175), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 26. März 2019 (GV. NRW. S. 193) geändert worden ist, entsprechen. Sofern die Genehmigung erforderlich ist für ein Vorhaben, für das nach Bundes- oder Landesrecht eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird, kann die Genehmigung nur in einem Verfahren erteilt werden, das den Anforderungen des Landesumweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes entspricht; § 43 bleibt unberührt.*

*(2) Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag hat die Forstbehörde unter Beachtung der Ziele und Erfordernisse der Landesplanung die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander unter dem Gesichtspunkt abzuwägen, welche Nutzungsart auf die Dauer für das Gemeinwohl von größerer Bedeutung ist. Forstliche Belange benachbarter Waldbesitzer sind angemessen zu berücksichtigen.*

*(3) Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes im überwiegenden öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald in der Gemeinde einen geringen Flächenanteil hat oder für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, den Schutz natürlicher Bodenfunktionen im Sinne des Bundes-Bodenschutzgesetzes, die forstwirtschaftliche Erzeugung, das Landschaftsbild oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist oder dem Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes dient und die nachteiligen Wirkungen der Umwandlungen nicht durch Nebenbestimmungen, insbesondere durch die Verpflichtung, Ersatzaufforstungen durch Saat oder Pflanzung vorzunehmen, ganz oder zum wesentlichen Teil abgewendet werden können. Im Rahmen der Genehmigung kann die Forstbehörde als Ersatzaufforstung auch die flächendeckende Entwicklung von Wald durch die natürliche Ansammlung von Forstpflanzen zulassen. Um die Erfüllung von Nebenbestimmungen zu gewährleisten, kann die Hinterlegung von Geldbeträgen oder sonstige Sicherheit gefordert werden. Vor einer Versagung der Umwandlungsgenehmigung ist der jeweiligen Gemeinde Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.*

*(4) Die Umwandlung von Schutz- und Erholungswald darf nur bei einem überwiegenden öffentlichen Interesse genehmigt werden.*

*(5) Die Vorschriften des Landesnaturschutzgesetzes bleiben unberührt.*

Für das geplante Vorhaben erscheint die Genehmigung einer notwendigen Umwandlung von Wald in eine andere Nutzungsart auf Antrag nach § 39 LFoG NRW möglich, da die Belange der Allgemeinheit an einer sicheren Stromversorgung grundsätzlich die Belange des Waldbesitzers überwiegen können. Eine genauere Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen ist dem nachfolgenden Planfeststellungsverfahren vorbehalten.

In Tabelle A.1.2-13 (trassenkorridorbezogen) und in Tabelle A.1.2-14 (trassenachsenbezogen) sind die potenziell betroffenen Waldflächen dargestellt.

## **BELANGE WASSER**

### **OBERIRDISCHE GEWÄSSER (FLIEß- UND STILLGEWÄSSER) NACH § 27 WHG**

Für oberirdische Gewässer bestehen nach dem Wasserhaushaltsgesetz (WHG) folgende **Bewirtschaftungsziele**, deren nachteilige Veränderung **verboten** ist:

*WHG § 27 Bewirtschaftungsziele für oberirdische Gewässer*

*(1) Oberirdische Gewässer sind, soweit sie nicht nach § 28 als künstlich oder erheblich verändert eingestuft werden, so zu bewirtschaften, dass*

- 1. eine Verschlechterung ihres ökologischen und ihres chemischen Zustands vermieden wird und*
- 2. ein guter ökologischer und ein guter chemischer Zustand erhalten oder erreicht werden.*

*(2) Oberirdische Gewässer, die nach § 28 als künstlich oder erheblich verändert eingestuft werden, sind so zu bewirtschaften, dass*

- 1. eine Verschlechterung ihres ökologischen Potenzials und ihres chemischen Zustands vermieden wird und*
- 2. ein gutes ökologisches Potenzial und ein guter chemischer Zustand erhalten oder erreicht werden.*

Neue Maste werden nicht in Oberflächengewässern und an deren unmittelbaren Uferbereichen errichtet (projektimmanente Maßnahme P1, siehe Kapitel 3.3.4 sowie Anhang B.1.4). Eine dauerhafte Inanspruchnahme von Oberflächengewässern sowie eine Beeinträchtigung der Bewirtschaftungsziele erfolgen demnach nicht.

Inwieweit temporäre Inanspruchnahmen stattfinden werden, kann im Rahmen der Bundesfachplanung noch nicht abgeschätzt werden (siehe Kapitel 5.5.3.2.5). Sollte jedoch etwa die Zufahrt über ein Gewässer bzw. die Einleitung von Wasser aus einer temporären Wasserhaltung in einen Vorfluter erforderlich werden, so wird dies zeitlich und räumlich sehr begrenzt sein. Damit ist davon auszugehen, dass nur geringfügige Umweltauswirkungen auftreten werden. Im Fall einer offenen Wasserhaltung, bei der das Sumpfungswasser in einen Vorfluter abgeleitet wird, wird dieses regelhaft zunächst über einen Feststoffabscheider geführt, in dem Trübstoffe abgefangen werden. Die Einleitung in den entsprechenden Vorfluter erfolgt regelhaft so, dass turbulente Strömungsverhältnisse an der Einleitstelle und damit verbundenen

Erosionserscheinungen im Gewässer vermieden werden (projektimmanente Maßnahme P2, siehe Kapitel 3.3.4 und Anhang B.1.4).

Es findet demnach keine Beeinträchtigung der Bewirtschaftungsziele statt.

In Tabelle A.1.2-15 (trassenkorridorbezogen) und Tabelle A.1.2-16 (trassenachsenbezogen) sind die potenziell betroffenen oberirdischen Gewässern dargestellt.

#### **GRUNDWASSER NACH § 47 WHG**

Für Grundwasser bestehen nach dem Wasserhaushaltsgesetz (WHG) folgende **Bewirtschaftungsziele**, deren nachteilige Veränderung **verboten** ist:

*WHG § 47 Bewirtschaftungsziele für Grundwasser*

*(1) Das Grundwasser ist so zu bewirtschaften, dass*

- 1. eine Verschlechterung seines mengenmäßigen und seines chemischen Zustands vermieden wird;*
- 2. alle signifikanten und anhaltenden Trends ansteigender Schadstoffkonzentrationen auf Grund der Auswirkungen menschlicher Tätigkeiten umgekehrt werden;*
- 3. ein guter mengenmäßiger und ein guter chemischer Zustand erhalten oder erreicht werden; zu einem guten mengenmäßigen Zustand gehört insbesondere ein Gleichgewicht zwischen Grundwasserentnahme und Grundwasserneubildung.*

Die Errichtung einzelner Masten hat weder Auswirkungen auf die Grundwassergüte noch auf das Grundwasserdargebot des gesamten Grundwasserkörpers. Es sind darüber hinaus keine Stoffeinträge zu erwarten, die den chemischen Zustand des gesamten Grundwasserkörpers dauerhaft beeinträchtigen können. Auch findet keine dauerhafte und umfangreiche Grundwasserentnahme statt.

Eine dauerhafte Inanspruchnahme von Grundwasser sowie eine Beeinträchtigung der Bewirtschaftungsziele erfolgen demnach nicht.

#### **WASSERSCHUTZGEBIETE NACH § 51 WHG**

Vorhabenspezifische **Verbote** bzw. **Erfordernis einer Genehmigung** für Wasserschutzgebiete bestehen nach dem Wasserhaushaltsgesetz (WHG) sowie nach den jeweiligen Wasserschutzgebietsverordnungen:

## WHG § 51 Festsetzung von Wasserschutzgebieten

(1) Soweit es das Wohl der Allgemeinheit erfordert,

1. Gewässer im Interesse der derzeit bestehenden oder künftigen öffentlichen Wasserversorgung vor nachteiligen Einwirkungen zu schützen,

2. das Grundwasser anzureichern oder

3. das schädliche Abfließen von Niederschlagswasser sowie das Abschwemmen und den Eintrag von Bodenbestandteilen, Dünge- oder Pflanzenschutzmitteln in Gewässer zu vermeiden,

kann die Landesregierung durch Rechtsverordnung Wasserschutzgebiete festsetzen. In der Rechtsverordnung ist die begünstigte Person zu benennen. Die Landesregierung kann die Ermächtigung nach Satz 1 durch Rechtsverordnung auf andere Landesbehörden übertragen.

(2) Trinkwasserschutzgebiete sollen nach Maßgabe der allgemein anerkannten Regeln der Technik in Zonen mit unterschiedlichen Schutzbestimmungen unterteilt werden.

Gemäß der Wasserschutzgebietsverordnung Lank-Latum sind genehmigungspflichtig:

„§ 3 Schutz in der Zone III B:

[...]

(1) In der Zone III B sind genehmigungspflichtig, soweit nicht gemäß § 3 Abs. 1 dieser Verordnung verboten:

[...]

11. Abgrabungen und Erdaufschlüsse, auch deren Erweiterung, [...]"

Gemäß der Wasserschutzgebietsverordnung Osterath sind verboten:

§ 5 Schutz in der Zone II:

„(2) In der Zone II sind verboten:

[...]

16. Abgrabungen, Erdaufschlüsse oder Bodeneingriffe jeder Art, durch die die belebte Bodenzone verletzt oder die Deckschichten vermindert werden, vor allem die Anlage von Kies- und Sandgruben; [...]"

§ 6 Schutz in der Zone I:

„(1) In der Zone I sind nur gestattet:

1. Errichtung, Betrieb und Unterhaltung der Wassergewinnungsanlagen sowie der erforderlichen zugehörigen Einrichtungen. [...]"

Das heißt in Zone I, dem unmittelbaren Bereich der Fassungsanlage, sind außer der Aufrechterhaltung der Gewinnung von Trinkwasser praktisch jede Nutzung verboten.

Für die Zone III A existieren keine vorhabensspezifischen Verbote. Von der Genehmigungspflicht ausgenommen sind: „Ausgrabungen oder Ausschachtungen für Post- und Stromkabelverlegung für Mastaufstellungen sowie die Verlegung von Ver- und Entsorgungsleitungen.“

Gemäß der Wasserschutzgebietsverordnung Broichhof sind verboten bzw. genehmigungspflichtig:

*Gemäß Anlage A zur Wasserschutzgebietsverordnung Broichhof unterliegt in den Zonen III B und III A die vorhabensspezifische Maßnahme Errichtung, Erweiterung und wesentliche Änderung baulicher Anlagen der Genehmigungspflicht durch die zuständige Wasserbehörde. In Zone II ist die vorhabensspezifische Maßnahme Errichtung, Erweiterung und wesentliche Änderung baulicher Anlagen verboten.*

Gemäß Anlage A der Wasserschutzgebietsverordnung Mühlenbusch sind Abgrabungen bzw. Grabungen über eine Tiefe von 2 m hinaus und über eine Fläche von 10 qm hinaus für das Aufstellen von Masten in der Zone III B genehmigungsfrei.

Die Möglichkeit einer **Ausnahme** von den Verboten besteht nicht.

Von den genannten Verboten kann auf Antrag **Genehmigung** erteilt bzw. eine **Befreiung** gewährt werden:

WHG § 52 Besondere Anforderungen in Wasserschutzgebieten  
(1) [...]

*Die zuständige Behörde kann von Verboten, Beschränkungen sowie Duldungs- und Handlungspflichten nach Satz 1 eine Befreiung erteilen, wenn der Schutzzweck nicht gefährdet wird oder überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dies erfordern. Sie hat eine Befreiung zu erteilen, soweit dies zur Vermeidung unzumutbarer Beschränkungen des Eigentums erforderlich ist und hierdurch der Schutzzweck nicht gefährdet wird.*

Zusätzlich sind Genehmigung bzw. Befreiung für das Wasserschutzgebiet Lank-Latum möglich:

„§ 8 Genehmigung

(1) Über die Genehmigung nach §§ 3 Abs. 2, 4 Abs. 2 und 5 Abs. 2 entscheidet die untere Wasserbehörde.“

[...]

„§ 10 Befreiungen

(1) Die untere Wasserbehörde kann auf Antrag von den Verboten der §§ 3-6 dieser Verordnung Befreiung erteilen,

1. Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichung erfordern oder



2. *das Verbot zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führt und die Abweichung mit den Belangen des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere des Gewässerschutzes im Sinne dieser Verordnung vereinbar ist.“*

Zusätzlich ist eine Befreiung für das Wasserschutzgebiet Osterath möglich:

*„§ 10 Befreiungen*

*(1) Die untere Wasserbehörde kann auf Antrag von den Verboten der §§ 3-6 dieser Verordnung Befreiung erteilen, wenn andere Rechtsvorschriften dem nicht entgegenstehen und*

1. *Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichung erfordern oder*
2. *Das Verbot zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führt und die Abweichung mit den Belangen des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere des Gewässerschutzes im Sinne dieser Verordnung vereinbar ist.“*

Zusätzlich sind Genehmigung bzw. Befreiung für das Wasserschutzgebiet Broichhof möglich:

*„§ 8 Genehmigung*

*(1) Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die der Anlage A jeweils genannten besonderen Voraussetzungen erfüllt sind und unter Berücksichtigung der konkreten örtlichen Verhältnisse eine Gewässerverunreinigung oder nachteilige Veränderung der Eigenschaften eines Gewässers zu besorgen ist. [...]“*

*„§ 10 Befreiungen*

*(1) Die untere Wasserbehörde kann auf Antrag von den Verboten der Anlage A bzw. § 4 Abs. 1 dieser Verordnung Befreiung erteilen, wenn andere Rechtsvorschriften dem nicht entgegenstehen und*

1. *Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichung erfordern oder*
2. *das Verbot zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führt und die Abweichung mit den Belangen des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere des Gewässerschutzes im Sinne dieser Verordnung vereinbar ist.“*

Für das geplante Vorhaben bestehen aufgrund der gesetzlich festgestellten Notwendigkeit sowie des vordringlichen Bedarfs der Freileitung überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit, sodass eine Abweichung erforderlich ist. Eine Befreiung gemäß § 52 WHG erscheint daher möglich.

In Tabelle A.1.2-17 (trassenkorridorbezogen) und Tabelle A.1.2-18 (trassenachsenbezogen) sind die potenziell betroffenen Wasserschutzgebiete dargestellt.

## ÜBERSCHWEMMUNGSGEBIETE NACH § 78 WHG

Vorhabenspezifische **Verbote** bzw. **Erfordernis einer Genehmigung** für Überschwemmungsgebiete bestehen nach dem Wasserhaushaltsgesetz (WHG):

*WHG § 78 Bauliche Schutzvorschriften für festgesetzte Überschwemmungsgebiete*

*(4) In festgesetzten Überschwemmungsgebieten ist die Errichtung oder Erweiterung baulicher Anlagen nach den §§ 30, 33, 34 und 35 des Baugesetzbuches untersagt. [...]“*

Die Möglichkeit einer **Ausnahme** von den Verboten besteht nicht.

Von den genannten Verboten kann auf Antrag eine **Genehmigung** gewährt werden:

*WHG § 78 Bauliche Schutzvorschriften für festgesetzte Überschwemmungsgebiete*

*(5) Die zuständige Behörde kann abweichend von Absatz 4 Satz 1 die Errichtung oder Erweiterung einer baulichen Anlage im Einzelfall genehmigen, wenn*

*1 das Vorhaben*

*a) die Hochwasserrückhaltung nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt und der Verlust von verloren gehendem Rückhalteraum umfang-, funktions- und zeitgleich ausgeglichen wird,*

*b) den Wasserstand und den Abfluss bei Hochwasser nicht nachteilig verändert,*

*c) den bestehenden Hochwasserschutz nicht beeinträchtigt und*

*d) hochwasserangepasst ausgeführt wird oder*

*2. die nachteiligen Auswirkungen durch Nebenbestimmungen ausgeglichen werden können.*

*Bei der Prüfung der Voraussetzungen des Satzes 1 sind auch die Auswirkungen auf die Nachbarschaft zu berücksichtigen.*

Da die Gittermasten im Bereich des Hochwasserabflussprofils als schlanke Stahlkonstruktion oder als schlanke Betonsäule (herausgezogene Eckstiele) ausgebildet sind, stellen sie kein wesentliches Hindernis für den Hochwasserabfluss dar. Auch das Verfangen von Geschwemmsel ist nicht zu erwarten, da zwischen den Masten mehrere Meter durchströmbarer Freiraum verbleibt. Das Volumen der Mastkonstruktion im Einflussbereich möglicher Hochwasser ist gemessen am Volumen des Retentionsraums in der Regel zu vernachlässigen und es kommt somit nicht zu einer nennenswerten Reduktion des

Retentionsraums, sodass der bestehende Hochwasserschutz und die Hochwasserrückhaltung nicht bzw. allenfalls unwesentlich beeinträchtigt wird. Somit wären die Voraussetzungen für die Erteilung einer Genehmigung nach § 78 WHG erfüllt.

In Tabelle A.1.2-19 (trassenkorridorbezogen) und Tabelle A.1.2-20 (trassenachsenbezogen) sind die potenziell betroffenen Überschwemmungsgebiete dargestellt.

## **BELANGE KULTURELLES ERBE, SONSTIGE SACHGÜTER**

### **BAUDENKMÄLER UND ORTSFESTE BODENDENKMÄLER NACH § 9 DSchG NRW**

Bestimmte Maßnahmen an bzw. Maßnahmen in der engeren Umgebung von Baudenkmälern und ortsfesten Bodendenkmälern unterliegen nach dem Denkmalschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (DSchG NRW) dem **Erlaubnisvorbehalt**:

*DSchG NRW § 9 Abs. 1: Der Erlaubnis der Unteren Denkmalbehörde bedarf, wer*

- a) Baudenkmäler oder ortsfeste Bodendenkmäler beseitigen, verändern, an einen anderen Ort verbringen oder die bisherige Nutzung ändern will,*
- b) in der engeren Umgebung von Baudenkmälern oder ortsfesten Bodendenkmälern Anlagen errichten, verändern oder beseitigen will, wenn hierdurch das Erscheinungsbild des Denkmals beeinträchtigt wird, oder*
- c) bewegliche Denkmäler beseitigen oder verändern will.*

Die Erteilung einer denkmalrechtlichen **Erlaubnis** kommt unter folgenden Voraussetzungen in Betracht:

*DSchG § 9 NRW Abs. 2 und 3:*

*(2) Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn*

- a) Gründe des Denkmalschutzes nicht entgegenstehen oder*
- b) ein überwiegendes öffentliches Interesse die Maßnahme verlangt.*

*(3) Erfordert eine erlaubnispflichtige Maßnahme nach anderen gesetzlichen Bestimmungen eine Planfeststellung, Genehmigung, Erlaubnis, Bewilligung, Zulassung oder Zustimmung, so haben die dafür zuständigen Behörden die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege entsprechend diesem Gesetz in angemessener Weise zu berücksichtigen. Im Falle einer bauaufsichtlichen oder immissionsschutzrechtlichen Genehmigung oder Zustimmung kann die Erlaubnis nach Absatz 1 auch gesondert beantragt werden.*

Grundsätzlich besteht jedoch eine Erlaubnispflicht, sofern das Vorhaben das Erscheinungsbild eines Baudenkmals oder eines ortsfesten Bodendenkmals beeinträchtigt. Ob eine solche Beeinträchtigung vorliegt, kann erst bei Vorliegen der Feinplanung im Rahmen des nachfolgenden Planfeststellungsverfahrens beurteilt werden. Für das geplante Vorhaben bestehen aufgrund der gesetzlich festgestellten Notwendigkeit sowie des vordringlichen Bedarfs der Freileitung überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit, so dass die Erteilung einer Erlaubnis nach § 9 DSchG NRW im Falle von Beeinträchtigungen möglich erscheint. Eine genauere Prüfung der Erlaubnisvoraussetzungen ist dem nachfolgenden Planfeststellungsverfahren vorbehalten.

In Tabelle A.1.2-21 und Tabelle A.1.2-23 (trassenkorridorbezogen) bzw. in Tabelle A.1.2-22 (trassenachsenbezogen) sind die potenziell betroffenen Bodendenkmäler und Baudenkmäler dargestellt.

## **TABELLEN**

Die folgenden Tabellen zeigen trassenkorridor- bzw. trassenachsenbezogen für Bereiche mit einem Schutzstatus im Trassenkorridor die möglichen einschlägigen vorhabenspezifischen Verbote bzw. Erfordernisse einer Genehmigung. Darüber hinaus werden mögliche Ausnahmen und Befreiungen aufgeführt. Zusätzlich werden für die trassenachsenbezogenen Tabellen die möglichen Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen aufgeführt, mit denen das Auslösen vorhabenspezifischer Verbote bzw. die Erforderlichkeit einer Genehmigung vermieden werden können.

Die farbliche Kennzeichnung der Reihen kennzeichnet, inwiefern Genehmigungshindernisse bestehen. Dabei bedeutet rot, dass das Vorhaben in diesem Bereich nicht realisiert werden kann, da das Verbot nicht mit einer Ausnahme oder Befreiung umgangen werden kann, bei trassenachsenbezogener Betrachtung auch nicht mit entsprechenden Vermeidungs- und/oder Minderungsmaßnahmen. Grün bedeutet, dass der Umsetzung des Vorhabens diesbezüglich keine Genehmigungshindernisse entgegenstehen.

Erläuterungen zu den Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen können dem Anhang B.1.4 in Anhang B entnommen werden.

## BELANGE IMMISSIONSSCHUTZ

**Tabelle A.1.2-1** *Neuüberspannung von Orten zum dauerhaften Aufenthalt (Trassenkorridor)*

Lage im Korridor	Vorhabensspezifische Verbote	Berührung des Verbots?	Ausnahme	Befreiung möglich?
01-001 - 01-018, 01-021 bis 01-024, 05-001	Ja	Ja	(Ja)*	Nein

Legende zu Ausnahme:

(Ja)\* = Ausnahme in rechtlicher Norm vorgesehen, aber Ausnahmevoraussetzungen hier nicht erfüllt

Legende zu Befreiung:

Nein = Keine Befreiung von Verbot möglich

## BELANGE NATUR- UND LANDSCHAFTSSCHUTZ

**Tabelle A.1.2-2** *Potenziell betroffene Landschaftsschutzgebiete (Trassenkorridor)*

Bezeichnung	Lage im Korridor	Vorhabensspezifische Verbote	Berührung des Verbots?	Ausnahme	Befreiung möglich?
4705-0005 Hardt	01-001, 01-002	Ja	Ja	-	Ja*
4906-0002 Stommelner Terrassenkante	01-026	Ja	Ja	Ja	(Ja*)
4806-0013 Terrassenhang	01-018, 01-019, 01-021 bis 01-025	Ja	Ja	Ja	(Ja*)
6.2.2.3 Südpark	01-010, 01-011	Ja	Ja	Ja	(Ja*)
6.2.2.13 Lange Hecke	01-005, 01-006	Ja	Ja	Ja	(Ja*)
6.2.2.2 Morgensternsheide/Stadtwald	01-006, 01-007	Ja	Ja	Ja	(Ja*)
6.2.2.7 Erftaue mit Niederungstal und Gillbachniederung	01-012 bis 01-014	Ja	Ja	Ja	(Ja*)
6.2.2.6 Strümper Busch / Meerbusch / Stingesbachaue	04-001, 05-001	Ja	Ja	Ja	(Ja*)

Bezeichnung	Lage im Korridor	Vorhabenspezifische Verbote	Berührung des Verbots?	Ausnahme	Befreiung möglich?
6.2.2.11 Ehemalige Bahntrasse	01-018 bis 01-021	Ja	Ja	Ja	(Ja*)
6.2.2.2 Gillbachtal	01-022, 01-023	Ja	Ja	Ja	(Ja*)

Legende zu Ausnahme:

Ja = Ausnahme von Verbot möglich

Legende zu Befreiung:

(Ja) = Befreiung von Verbot möglich, aber nicht erforderlich

Ja\* = Für das Vorhaben besteht aufgrund der gesetzlich festgestellten Notwendigkeit sowie des vordringlichen Bedarfs der Freileitung ein überwiegendes öffentliches Interesse. Eine Befreiung gemäß § 67 BNatSchG i.V.m. § 75 LNatSchG NRW (vormals § 69 LG NRW) erscheint daher möglich.

**Tabelle A.1.2-3**     *Potenziell betroffene Landschaftsschutzgebiete (Trassenachse)*

Bezeichnung	Lage im Korridor	Vorhabenspezifische Verbote	V/M-Maßnahmen	Berührung des Verbots?	Ausnahme	Befreiung möglich?
4705-0005 Hardt	01-001 (Alt. AI)	Ja	TP1, TP2, M4, M13	Nein, aufgrund V/M-Maßnahme	-	(Ja*)
6.2.2.3 Südpark	01-010, 01-011	Ja	TP1, TP2, M4, M13	Nein, aufgrund V/M-Maßnahme	(Ja)	(Ja*)
6.2.2.7 Erftaue mit Niederungstal und Gillbachniederung	01-012 bis 01-014	Ja	Vermeidung nicht möglich	Ja	Ja	(Ja*)
6.2.2.10 Terrassenhang	01-018, 01-019, 01-021 bis 01-025	Ja	TP1, TP2, M4, M13	Nein, aufgrund V/M-Maßnahme	(Ja)	(Ja*)
6.2.2.2 Gillbachtal	01-022, 01-023	Ja	TP1, TP2, M4, M13	Nein, aufgrund V/M-Maßnahme	(Ja)	(Ja*)

Legende zu Ausnahme:

Ja = Ausnahme von Verbot möglich; für das geplante Vorhaben wird die Erteilung von Ausnahmen für die LSG im Rhein-Kreis-Neuss im Trassenkorridor grundsätzlich als möglich erachtet, da im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens der Maststandort und die Mastgestaltung der Landschaft angepasst werden können, sodass der Schutzzweck des jeweiligen LSG nicht gefährdet wird; inwiefern die Ausnahmevoraussetzungen vorliegen wäre im Einzelfall zu prüfen;  
(Ja) = Ausnahme von Verbot möglich, aber nicht erforderlich

Legende zu Befreiung:

(Ja) = Befreiung von Verbot möglich, aber nicht erforderlich

(Ja\*) = Für das Vorhaben besteht aufgrund der gesetzlich festgestellten Notwendigkeit sowie des vordringlichen Bedarfs der Freileitung ein überwiegendes öffentliches Interesse. Eine Befreiung gemäß § 67 BNatSchG i.V.m. § 75 LNatSchG NRW (vormals § 69 LG NRW) erscheint daher möglich.

**Tabelle A.1.2-4** *Potenziell betroffene Naturdenkmäler (Trassenkorridor)*

Bezeichnung	Lage im Korridor	Vorhabenspezifische Verbote	Berührung des Verbots?	Ausnahme	Befreiung möglich?
6.2.3.9 "Eiche südlich Robertzhof" (Rhein-Kreis-Neuss)	01-002	Ja	Ja	-	Ja*
6.2.3.18 „Lößhohlweg mit Feldgehölzen östlich Nettesheim-Butzheim“ (Rhein-Kreis-Neuss)	01-025	Ja	Ja	-	Ja*

Legende zu Befreiung:

Ja = Befreiung von Verbot möglich

Ja\* = Für das geplante Vorhaben besteht ein überwiegendes öffentliches Interesse. Eine Befreiung gemäß § 67 BNatSchG und § 69 LG NRW erscheint daher möglich.

**Tabelle A.1.2-5** *Potenziell betroffene Naturdenkmäler (Trassenachse)*

Bezeichnung	Lage im Korridor	Vorhabenspezifische Verbote	V/M-Maßnahmen	Berührung des Verbots?	Ausnahme	Befreiung möglich?
6.2.3.9 "Eiche südlich Robertzhof" (Rhein-Kreis-Neuss)	01-002	Ja	TP1, TP2, M4, M13	Nein, aufgrund V/M-Maßnahme	-	(Ja*)
6.2.3.18 „Lößhohlweg mit Feldgehölzen östlich Nettesheim-Butzheim“ (Rhein-Kreis-Neuss)	01-025	Ja	TP1, TP2, M4, M13	Nein, aufgrund V/M-Maßnahme	-	(Ja*)

Legende zu Befreiung:

(Ja) = Befreiung von Verbot möglich, aber nicht erforderlich

(Ja\*) = Für das geplante Vorhaben besteht ein überwiegendes öffentliches Interesse. Eine Befreiung gemäß § 67 BNatSchG und § 69 LG NRW erscheint daher möglich.



**Tabelle A.1.2-6**     *Potenziell betroffene geschützte Landschaftsbestandteile (Trassenkorridor)*

Bezeichnung	Lage im Korridor	Vorhaben-spezifische Verbote	Berührung des Ver-bots?	Aus-nahme	Be-frei-ung mög-lich?
GL 2.4.250 Feldgehölze aus Eichen, Buchen u. ä. (Kreis Viersen)	06-001	Ja	Ja	-	Ja*
GL 2.4.256 2 Walnussbäume, Obstwiese mit 3 Obstbaumhochstämmen (Kreis Viersen)	06-001	Ja	Ja	-	Ja*
GL 2.4.77 Obstwiese mit 10 Obstbaumhochstämmen (Kreis Viersen)	01-001, 01-002, 06-001	Ja	Ja	-	Ja*
1_6.2.4.1 Altbaumbestand, bestehend aus überwiegend Esche, Pappel und Kastanie. (Rhein-Kreis Neuss)	01-005	Ja	Ja	-	Ja*
1_6.2.4.4 Baumgruppe, bestehend aus Kastanie und Robinie. (Rhein-Kreis Neuss)	07-001	Ja	Ja	-	Ja*
1_6.2.4.5 Altbaumbestand, überwiegend bestehend aus Esche, Pappel und Eiche. (Rhein-Kreis Neuss)	07-001	Ja	Ja	-	Ja*
1_6.2.4.6 Altbaumbestand, überwiegend bestehend aus Eiche, Pappel, Ahorn, Kastanie und Esche. (Rhein-Kreis Neuss)	01-009	Ja	Ja	-	Ja*
1_6.2.4.14 Ehemalige Abgrabung (Rhein-Kreis Neuss)	01-005	Ja	Ja	-	Ja*
3_6.2.4.25 Eiche und Trauerweide (Rhein-Kreis Neuss)	01-006	Ja	Ja	-	Ja*
6_6.2.4.3 Lindenallee (14 Exemplare) und zwei Walnussbäume (Rhein-Kreis Neuss)	01-016	Ja	Ja	-	Ja*
6_6.2.4.4 Hainbuche (Rhein-Kreis Neuss)	01-017	Ja	Ja	-	Ja*
6_6.2.4.5 Eine Blutbuche und ein Ahorn (Rhein-Kreis Neuss)	01-017	Ja	Ja	-	Ja*
6_6.2.4.6 Lindenreihe (tlw. unterbrochen) und Reste einer Lindenallee (Rhein-Kreis Neuss)	01-021 bis 01-024	Ja	Ja	-	Ja*
6_6.2.4.10 Wäldchen mit temporären Feuchtbereichen und Weidefläche mit einzelnen Weidengebüschen (Rhein-Kreis Neuss)	01-018	Ja	Ja	-	Ja*

Bezeichnung	Lage im Korridor	Vorhaben-spezifische Verbote	Berührung des Ver-bots?	Aus-nahme	Be-frei-ung mög-lich?
6_6.2.4.18 Böschung mit Gehölz-bewuchs (Rhein-Kreis Neuss)	01-021	Ja	Ja	-	Ja*
6_6.2.4.52 Feldgehölz an der Wirtschaftswegekreuzung (Rhein-Kreis Neuss)	01-030	Ja	Ja	-	Ja*
6_6.2.4.53 Böschung mit Kräu-ter- und Staudenflur und einzel-nen Gehölzen (Rhein-Kreis Neuss)	01-026, 01-027	Ja	Ja	-	Ja*
6_6.2.4.54 Böschung mit Kräu-ter- und Staudenflur (Rhein-Kreis Neuss)	01-027, 01-028	Ja	Ja	-	Ja*
LB 2.4-11 Flurgehölz an der Hangkante (Rhein-Erft-Kreis)	01-026	Ja	Ja	-	Ja*

Legende zu Befreiung:

Ja = Befreiung von Verbot möglich

Ja\* = Für das geplante Vorhaben besteht aufgrund der gesetzlich festgestellten Notwendigkeit sowie des vordringlichen Bedarfs der Freileitung ein überwiegendes öffentliches Interesse. Eine Befreiung gemäß § 67 BNatSchG i.V.m. § 75 LNatSchG NRW (vormals § 69 LG NRW) erscheint daher möglich.

**Tabelle A.1.2-7** *Potenziell betroffene geschützte Landschaftsbestandteile (Trassenachse)*

Bezeichnung	Lage im Korridor	Vorha-benspezi-fische Verbote	V/M-Maßnah-men	Berührung des Ver-bots?	Aus-nahme	Befrei-ung mög-lich?
6_6.2.4.18 Böschung mit Gehölzbewuchs (Rhein-Kreis Neuss)	01-021	Ja	TP1, TP2, M4, M13, M16, M17	Nein, auf-grund V/M-Maß-nahme	-	(Ja*)

Legende zu Befreiung:

(Ja) = Befreiung von Verbot möglich, aber nicht erforderlich

(Ja\*) = Für das geplante Vorhaben besteht aufgrund der gesetzlich festgestellten Notwendigkeit sowie des vordringlichen Bedarfs der Freileitung ein überwiegendes öffentliches Interesse. Eine Befreiung gemäß § 67 BNatSchG i.V.m. § 75 LNatSchG NRW (vormals § 69 LG NRW) erscheint daher möglich.

**Tabelle A.1.2-8** *Potenziell betroffene gesetzlich geschützte Biotope (Trassenkorridor)*

Bezeichnung	Lage im Korridor	Vorhabenspezifische Verbote	Berührung des Verbots?	Ausnahme	Befreiung möglich?
GB-4705-0006 (Kreis Viersen)	04-001	Ja	Ja	Ja	Ja*
GB-4806-0003 (Rhein-Kreis Neuss)	01-012, 01-013	Ja	Ja	Ja	Ja*

Legende zu Ausnahme:

Ja = Ausnahme von Verbot möglich; für das geplante Vorhaben kommt die Erteilung einer Ausnahme in Betracht, da grundsätzlich ein Ausgleich der Beeinträchtigung möglich ist; inwiefern die Ausnahmevoraussetzungen vorliegen wäre im Einzelfall zu prüfen

Legende zu Befreiung:

Ja = Befreiung von Verbot möglich

Ja\* = Für das geplante Vorhaben besteht aufgrund der gesetzlich festgestellten Notwendigkeit sowie des vordringlichen Bedarfs der Freileitung ein überwiegendes öffentliches Interesse. Eine Befreiung gemäß § 67 BNatSchG erscheint daher möglich.

**Tabelle A.1.2-9** *Potenziell betroffene gesetzlich geschützte Biotope (Trassenachse)*

Bezeichnung	Lage im Korridor	Vorhabenspezifische Verbote	V/M-Maßnahmen	Berührung des Verbots?	Ausnahme	Befreiung möglich?
GB-4806-0003 (Rhein-Kreis Neuss)	01-013	Ja	TP1, TP2, M4, M13, M16, M17	Nein, aufgrund V/M-Maßnahme	(Ja)	(Ja*)

Legende zu Ausnahme:

(Ja) = Ausnahme von Verbot möglich, aber nicht erforderlich

Legende zu Befreiung:

(Ja) = Befreiung von Verbot möglich, aber nicht erforderlich

(Ja\*) = Für das geplante Vorhaben besteht aufgrund der gesetzlich festgestellten Notwendigkeit sowie des vordringlichen Bedarfs der Freileitung ein überwiegendes öffentliches Interesse. Eine Befreiung gemäß § 67 BNatSchG erscheint daher möglich.

**Tabelle A.1.2-10** *Potenziell betroffene Gewässerrandstreifen (Trassenkorridor)*

Lage im Korridor	Vorhabensspezi- fische Verbote	Berührung des Verbots?	Aus- nahme	Befreiung möglich?
01-001 bis 01-003, 01-010, 02-001, 03-001, 04-001, 05-001	Ja	Ja	Ja	Nein

Legende zu Ausnahme:

Ja = Für das geplante Vorhaben besteht aufgrund der gesetzlich festgestellten Notwendigkeit sowie des vordringlichen Bedarfs der Freileitung ein überwiegendes öffentliches Interesse. Eine Ausnahme gemäß § 61 BNatSchG erscheint daher möglich.

Legende zu Befreiung:

Nein = Befreiung von Verbot nicht möglich, aber keine Relevanz, da Ausnahme möglich

**Tabelle A.1.2-11** *Potenziell betroffene Gewässerrandstreifen (Trassenachse)*

Lage im Korridor	Vorhabensspezi- fische Verbote	V/M-Maß- nahmen	Berüh- rung des Verbots?	Ausnahme	Befreiung möglich?
04-001	Ja	Vermei- dung nicht möglich	Ja	Ja	(Nein)

Legende zu Ausnahme:

Ja = Für das geplante Vorhaben besteht aufgrund der gesetzlich festgestellten Notwendigkeit sowie des vordringlichen Bedarfs der Freileitung ein überwiegendes öffentliches Interesse. Eine Ausnahme gemäß § 61 BNatSchG erscheint daher möglich.

Legende zu Befreiung:

(Nein) = Befreiung von Verbot nicht möglich, aber keine Relevanz, da Ausnahme möglich

**Tabelle A.1.2-12** *Potenziell betroffene Alleen (Trassenkorridor)*

Bezeichnung	Lage im Korridor	Vorhabensspezi- fische Verbote	Berüh- rung des Verbots?	Ausnahme	Befreiung möglich?
AL-NE-0077	01-006	Ja	Ja	-	Ja*
AL-NE-0045	01-012, 01-013	Ja	Ja	-	Ja*
AL-NE-0084	01-021 bis 01-023	Ja	Ja	-	Ja*

Legende zu Befreiung:

Ja = Befreiung von Verbot möglich

Ja\* = Für das geplante Vorhaben besteht aufgrund der gesetzlich festgestellten Notwendigkeit sowie des vordringlichen Bedarfs der Freileitung ein überwiegendes öffentliches Interesse. Eine Befreiung gemäß § 67 BNatSchG erscheint daher möglich.

## BELANGE WALD

**Tabelle A.1.2-13** *Potenziell betroffener Wald (Trassenkorridor)*

Lage im Korridor	Vorhabensspezifisches Genehmigungserfordernis?	Besteht konkretes Genehmigungserfordernis?	Genehmigung möglich?
06-001, 01-003, 01-005 bis 01-010, 01-012, 01-013, 01-017, 01-018, 01-021, 01-023, 01-024	Ja	Ja*	Ja

\* Eine Rodung oder Umwandlung von Wald bedarf einer Genehmigung durch die zuständige Forstbehörde

Legende zu Genehmigung möglich:

Ja = Für das geplante Vorhaben erscheint die Genehmigung einer notwendigen Umwandlung von Wald in eine andere Nutzungsart auf Antrag nach § 39 LFoG NRW möglich, da die Belange der Allgemeinheit an einer sicheren Stromversorgung grundsätzlich die Belange des Waldbesitzers überwiegen können.

**Tabelle A.1.2-14** *Potenziell betroffener Wald (Trassenachse)*

Lage im Korridor	Vorhabensspezifisches Genehmigungserfordernis?	V/M-Maßnahmen	Besteht konkretes Genehmigungserfordernis?	Genehmigung möglich?
01-005, 01-013	Ja	Nicht erforderlich	Nein*	(Ja)

\* Eine Rodung oder Umwandlung von Wald bedarf einer Genehmigung durch die zuständige Forstbehörde; bei LK 3 erfolgt jedoch keine Neuanlage/ Verbreiterung des Schutzstreifens.

Legende zu Genehmigung möglich?

(Ja) = Die Erteilung einer Genehmigung erscheint möglich, ist aber nicht erforderlich

## BELANGE WASSER

**Tabelle A.1.2-15** *Potenziell betroffene oberirdische Gewässer (Trassenkorridor)*

Typ	Lage im Korridor	Beeinflussung Bewirtschaftungsziele?
Fließgewässer	01-005, 01-006, 01-012, 01-013, 01-014, 01-022, 01-023	Nein, da P1, P2
Stillgewässer	01-001 bis 01-003, 02-001, 03-001, 04-001, 05-001, 06-001, 01-009, 01-010, 01-012, 01-013, 01-017, 01-023	Nein, da P1, P2

**Tabelle A.1.2-16** *Potenziell betroffene oberirdische Gewässer (Trassenachse)*

Typ	Lage im Korridor	Beeinflussung Bewirtschaftungsziele?
Fließgewässer	01-006, 01-012, 01-014	Nein, da P1, P2
Stillgewässer	02-001, 01-010, 01-012, 01-013	Nein, da P1, P2

**Tabelle A.1.2-17** *Potenziell betroffene Wasserschutzgebiete (Trassenkorridor)*

Bezeichnung	Zone	Lage im Korridor	Vorhabensspezifische Verbote (V)/Genehmigungspflicht (G)	Berührung des Verbots/der Genehmigungspflicht	Genehmigung möglich?	Befreiung möglich?
470610 Lank-Latum	III B	01-001	Ja (G)	Ja*	Ja	-
470419 Osterath	I	01-001	Ja (V)	Ja*	-	(Ja)
470419 Osterath	II	01-001	Ja (V)	Ja*	-	Ja
470419 Osterath	III A	01-001, 01-002, 06-001	Nein	Nein	-	-
470421 Broichhof	II	01-007	Ja (V)	Ja*	-	Ja
470421 Broichhof	III B, III A	01-006, bis 01- 009, 07- 001	Ja (G)	Ja	Ja	-
490608 Mühlenbusch	III B	01-017 bis 01- 020	Nein	Nein	-	-

\* Nur bei einer Querung der Schutzzone größer 400 m, sonst nein.

Legende zu Genehmigung:

Ja = Genehmigung möglich

(Ja) = Genehmigung möglich, aber keine Relevanz

Legende zu Befreiung:

Ja = Befreiung von Verbot möglich

(Ja) = Ein Antrag auf Befreiung von Verboten kann theoretisch auch für die Schutzzone I gestellt werden

Nein = keine Befreiung möglich

**Tabelle A.1.2-18** *Potenziell betroffene Wasserschutzgebiete (Trassenachse)*

Name	Zone	Lage im Korridor	Vorhabenspezifische Verbote (V)/ Genehmigungserfordernis (G)	V/M-Maßnahmen	Berührung des Verbots/der Genehmigungs-pflicht	Genehmigung möglich?	Befreiung möglich?
470419 Osterath	II	01-001	Ja (V)	TP1, TP2	Nein, aufgrund V/M-Maßnahme	-	(Ja)
470419 Osterath	III A	01-001, 01-002, 06-001	Nein	nicht erforderlich	Nein	-	-
470421 Broichhof	III B, III A	01-006, bis 01-009, 07-001	Ja (G)		Ja	Ja	-
490608 Mühlenbusch	III B	01-017 bis 01-020	Nein	nicht erforderlich	Nein	-	-

Legende zu Genehmigung:

(Ja) = Genehmigung möglich, aber nicht erforderlich

Legende zu Befreiung:

(Ja) = Befreiung von Verbot möglich, aber nicht erforderlich

**Tabelle A.1.2-19** *Potenziell betroffene Überschwemmungsgebiete (Trassenkorridor)*

Bezeichnung	Lage im Korridor	Vorhabenspezifische Verbote (V)/ Genehmigungserfordernis (G)	Berührung des Verbots/der Genehmigungspflicht	Genehmigung möglich?	Befreiung möglich?
274 Erft	01-012, 01-013	Ja (G)	Ja*	Ja	-
2748 Gillbach	01-014, 01-022, 01-023	Ja (G)	Ja*	Ja	-

\* Nur bei einer Querung der Schutzzone größer 400 m, sonst nein.

**Tabelle A.1.2-20** *Potenziell betroffener Überschwemmungsgebiete (Trassenachse)*

Bezeichnung	Lage im Korridor	Vorhabensspezifische Verbote (V)/Genehmigungserfordernis (G)	V/M-Maßnahmen	Berührung des Verbots/der Genehmigungspflicht	Genehmigung möglich?	Befreiung möglich?
274 Erft	01-013	Ja (G)	TP1, TP2	Nein, aufgrund V/M-Maßnahme	(Ja)	-

Legende zu Genehmigung:

(Ja) = Genehmigung möglich, aber nicht erforderlich

**BELANGE KULTURELLES ERBE, SONSTIGE SACHGÜTER**

**Tabelle A.1.2-21** *Potenziell betroffene Bodendenkmäler (Trassenkorridor)*

Bezeichnung	Lage im Korridor	Vorhabensspezifische Verbote /Erlaubniserfordernis	Berührung der Erlaubniserfordernis	Erlaubnis möglich?*
VIE 0956 Landwehr	06-001	Ja	Ja	Ja
NE 115 Nordkanal	01-005, 01-006	Ja	Ja	Ja
NE 030 Nordkanal	01-006	Ja	Ja	Ja
NE 013 Römische Siedlung	01-012	Ja	Ja	Ja
NE 034 Siedlungswüstung Röblinghoven	01-013	Ja	Ja	Ja
NE 011 Motte Gubisrath	01-017	Ja	Ja	Ja
NE 012 Haus Horr	01-018	Ja	Ja	Ja
E 001 Alt Höveler Hof	01-021	Ja	Ja	Ja

\*Eine Erlaubniserteilung wird eine Einzelfallbetrachtung für Bodendenkmäler erfordern, da Maßnahmen im engeren Umfeld zu einem Denkmal erlaubnispflichtig sind, sofern das Erscheinungsbild des Denkmals beeinträchtigt wird. Für das geplante Vorhaben bestehen aufgrund der gesetzlich festgestellten Notwendigkeit sowie des vordringlichen Bedarfs der Freileitung überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit, so dass die Erteilung einer Erlaubnis nach § 9 DSchG NRW im Falle von Beeinträchtigungen möglich erscheint. Eine genauere Prüfung der Erlaubnisvoraussetzungen ist dem nachfolgenden Planfeststellungsverfahren vorbehalten.



**Tabelle A.1.2-22** *Potenziell betroffene Bodendenkmäler (Trassenachse)*

Bezeichnung	Lage im Korridor	Vorhabensspezifische Verbote/ Erlaubniserfordernis	V/M-Maßnahmen	Berührung des Erlaubniserfordernis	Erlaubnis möglich?
NE 115 Nordkanal	01-006	Ja	TP1, TP2	Nein, aufgrund V/M-Maßnahme	(Ja)

Legende zu Erlaubnis:

(Ja) = Erlaubnis möglich, aber nicht erforderlich

**Tabelle A.1.2-23** *Potenziell betroffene Baudenkmäler (Trassenkorridor)*

Bezeichnung	Lage im Korridor	Vorhabensspezifische Verbote/ Erlaubniserfordernis	Berührung der Erlaubniserfordernis	Erlaubnis möglich?*
Franzen Zollhaus	06-001	Ja	Ja	Ja
Gut Lübisrath, Lübisrather Hof	01-017	Ja	Ja	Ja
Wohnstallhaus	06-001	Ja	Ja	Ja
Gut Kallenhof	07-001	Ja	Ja	Ja
chem. Erlöserkirche	01-012	Ja	Ja	Ja
Haus Eppinghoven (I, II, III, IV, V, VII)	01-012	Ja	Ja	Ja
Haus Eppinghoven (VI, VIII, IX, X, XI)	01-013	Ja	Ja	Ja

\*Eine Erlaubniserteilung wird eine Einzelfallbetrachtung für Baudenkmäler erfordern, da Maßnahmen im engeren Umfeld zu einem Denkmal erlaubnispflichtig sind, sofern das Erscheinungsbild des Denkmals beeinträchtigt wird. Für das geplante Vorhaben bestehen aufgrund der gesetzlich festgestellten Notwendigkeit sowie des vordringlichen Bedarfs der Freileitung überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit, so dass die Erteilung einer Erlaubnis nach § 9 DSchG NRW im Falle von Beeinträchtigungen möglich erscheint. Eine genauere Prüfung der Erlaubnisvoraussetzungen ist dem nachfolgenden Planfeststellungsverfahren vorbehalten.

## A.2

# FINDUNG POTENZIELLER KONVERTERSTANDORTFLÄCHEN